

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung
des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses

am Mittwoch, dem **13.06.2012**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 5 vom 24.04.2012**
- 4. Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 46 - JadeWeserAirport - Vorlage: 091/2012**
- 5. Sachstandsbericht zu den Bahnprojekten**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Ruth Bohlke als Ausschussvorsitzende
Ratsherr Jörg Beutz
Ratsherr Frank David
Ratsherr Stephan Eiklenborg
Ratsherr Olaf Lies (MdL)
Ratsherr Reinhard Oncken

Vertreter/in

Beigeordneter Matthias Lührs Vertretung für Ratsherr Folkert Feeken

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeamtfrau Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 5 vom 24.04.2012**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 46 - JadeWeserAirport - Vorlage: 091/2012**

Beschlussvorschlag:

Die zu dem ausgelegten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 46 – JadeWeserAirport - eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen haben inhaltlich dem Rat vorgelegen. Den vorgelegten Abwägungsvorschlägen wird zugestimmt.

Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nr. 46 – JadeWeserAirport - mit der Begründung als Satzung aufgrund der §§ 3 (1) und 10 (1) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 2004 (BGBl. I S. 2414) und der §§ 56, 87 und 98 der NBauO sowie der §§ 10 und 56 NKomVG.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Sachstandsbericht zu den Bahnprojekten**

Bürgermeister Wesselmann berichtete über die jeweiligen Sachstände zu den Projekten Bahnumfahrung Sande und Bahnübergang Deichstraße.

Bahnumfahrung Sande

Im Rahmen eines Abstimmungsgespräches mit der Bahn in Hannover wurde der Gemeinde mitgeteilt, dass die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren nunmehr erstellt sind und das Verfahren, das rund 1,5 bis 2 Jahre dauern wird, offiziell am 18.06.2012 durch die Antragsstellung beim Eisenbahnbundesamt eingeleitet wird. Die öffentliche Auslegung der Unterlagen erfolgt vermutlich schon nach den Sommerferien. Mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens einher geht auch der Beginn des Flurbereinigungsverfahrens. Neu war die Information der Bahn, dass in wenigen Bereichen der künftigen Bahnumfahrung aktiver Lärmschutz in Form einer Lärmschutzwand vorgesehen ist, wodurch eine wesentliche Verbesserung für die betroffenen Anlieger erreicht wird. Zum Thema Sandabbau für den Bau des Bahndammes wird derzeit die Möglichkeit geprüft, die Sandentnahmestelle Glarum in Anspruch zu nehmen, die die Vorteile bietet, dass eine Planfeststellung dort bereits erfolgt ist und der Sand, alternativ zum Transport mittels LKW, nach Sande gespült werden könnte.

Hinsichtlich der finanziellen Abwicklung informierte der Bürgermeister, dass der Entwurf einer neuen Finanzierungsvereinbarung ohne Beteiligung des Bundes und des Landes vorliegt, eine Anpassung des Finanzierungsplanes jedoch noch dahingehend aussteht, dass die Zahlung der Anteile der Gemeinde Sande aufgrund der kritischen Haushaltssituation zu einem späteren Zeitpunkt zu leisten sind. Die Unterzeichnung der Vereinbarung soll in der 31. Kalenderwoche hier in Sande erfolgen.

Bahnübergang Deichstraße

Die Bahn plant einen Planfeststellungsabschnitt IV zur Bodenertüchtigung zwischen Varel und dem Bahnhof Sande, wofür ein Planfeststellungsverfahren noch Ende 2012 eingeleitet werden soll. Davon betroffen ist auch der Bahnhof Sande, im Bereich dessen neben der Bodenertüchtigung auch die Anpassung der Gleise an die Anforderungen der Elektrifizierung hinsichtlich der Gleisbettbreite sowie die Verlängerung des Bahnhofsbereichs Richtung Süden erfolgen soll. Diese Arbeiten bedingen eine teilweise Gleissperrung, wofür zwischenzeitlich ein Notgleis eingerichtet werden muss.

Durch diese Arbeiten, deren Baubeginn für die Jahre 2014/2015 vorgesehen ist, kommt es auch zu Änderungen bei der Planung zur Aufhebung des Bahnüberganges Deichstraße, da mit dem Tunnelbau erst zu einem späteren Zeitpunkt begonnen werden kann. Die zeitliche Verzögerung bei den Tunnelarbeiten wird aber als unproblematisch angesehen, da der Bahnübergang solange für Radfahrer und Fußgänger genutzt werden kann. Aus formellen Gründen ist noch eine Anpassung der Eisenbahnkreuzungsvereinbarung aufgrund der Planänderung vorzunehmen.

Einige Ausschussmitglieder zeigten sich sehr unzufrieden darüber, dass die Bahn erst jetzt entsprechende Planungen im Bahnhofsbereich einleitet obwohl die Sachverhalte hinsichtlich der schlechten Bodenverhältnisse schon lange bekannt sind und es nunmehr zu einer Verzögerung der kompletten Maßnahme an der Deichstraße kommt.

Ebenso wenig nachvollzogen werden konnte der Umstand, dass die Gemeinde jahrelang auf die Vorlage der Finanzierungsvereinbarung gewartet hat, weil sich die Finanzierungspartner Bund, Land und Bahn einigen mussten und nun nur noch die Bahn als Finanzierungspartner auftritt.

Seitens der Verwaltung wurde bezugnehmend auf die beiden vorgenannten Punkte informiert, dass die Gemeinde einen neuen Ansprechpartner bei der Bahn genannt bekommen hat, bei dem sie sich gut aufgehoben fühlt, da seit dem Wechsel des zuständigen Mitarbeiters sämtliche Zusagen eingehalten und Unterlagen absprachegemäß geliefert wurden.

Auf die Nachfrage eines Ausschussmitgliedes, ob durch die Planänderungen im Bahnhofsbereich auch mit erhöhten Planungs- und Baukosten gerechnet wird, die anteilig von der Gemeinde getragen werden müssen, führte die Verwaltung aus, dass hierüber noch keine Aussage getroffen wurde. Der verzögerte Beginn des Tunnelbaus könnte für die Gemeinde aber sogar von Vorteil sein, wenn die Planungen hierfür an die Bahn abgegeben werden, die dann auch die eventuell höheren Planungskosten übernimmt.

Zur Lage des während der Baumaßnahmen im Bahnhof einzurichtenden Notgleises informierte der Bürgermeister, dass konkrete Planungen dazu noch nicht angestellt wurden.

Die Abwicklung des Güterverkehrs über ein Notgleis erschien einem Ausschussmitglied als ebenso schwierig wie die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung. In jedem Fall sollte für die Gesamtmaßnahme auf die Einhaltung des Bauzeitenplans gedrängt werden.

6. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- - -

Nach kurzer Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.

Schluss der Sitzung: 18:30 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin